

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT  
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten Uwe Schünemann (CDU)

Antwort der Niedersächsischen Staatskanzlei namens der Landesregierung

**Langer Arm der „Moskau-Connection“<sup>1</sup>? (Teil 6)**

Anfrage des Abgeordneten Uwe Schünemann (CDU), eingegangen am 22.12.2022 - Drs. 19/221 an die Staatskanzlei übersandt am 30.12.2022

Antwort der Niedersächsischen Staatskanzlei namens der Landesregierung vom 16.01.2023

**Vorbemerkung des Abgeordneten**

In einem Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 21.12.2022 wird über die Verbindungen des Niedersächsischen Ministerpräsidenten nach Russland berichtet. Thematisiert wird u. a. ein Gespräch des Ministerpräsidenten mit einer russischen Delegation im September 2020 in Hannover. Des Weiteren wird über die Kontakte des ehemaligen russischen Honorarkonsuls Heino Wiese zur Niedersächsischen Landesregierung berichtet. Schließlich werden die Bemühungen des Ministerpräsidenten geschildert, eine Zusammenarbeit zwischen dem Land Niedersachsen und der Region Moskau zu etablieren.

**1. Weshalb wurde eine weitere formalisierte Zusammenarbeit mit einer russischen Region angestrebt, obwohl bereits Partnerschaften mit den russischen Regionen Perm und Tjumen bestanden?**

Ministerpräsident Weil hat den Vorschlag des Oberbürgermeisters der Stadt Moskau Sobjanin zur Zusammenarbeit aufgegriffen und die Ressorts um Prüfung gebeten, ob im Landesinteresse Anknüpfungspunkte für eine themen- und projektbezogene Zusammenarbeit gesehen werden. Dies ist das übliche Vorgehen in der internationalen Zusammenarbeit, wenn ein Anstoß für eine formalisierte Zusammenarbeit gegeben wird. Eine Kooperation mit der Metropolregion Moskau hätte thematisch andere Schwerpunkte setzen können - wie z. B. Messen, Verkehr und Tourismus, e-Government - als die Partnerschaften mit den ländlich strukturierten Regionen Perm und Tjumen. Im Ergebnis fiel die Prüfung negativ aus.

**2. Sind im Rahmen der Ressortabstimmung des Entwurfs einer „Gemeinsamen Erklärung zur Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen dem Land Niedersachsen und der Region Moskau“ Bedenken geäußert worden? Wenn ja, welche Bedenken sind von welcher Seite geäußert worden?**

Das Ministerium für Inneres und Sport, das Finanzministerium, das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, das Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung, das Kultusministerium, das Ministerium für Wissenschaft und Kultur, das Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz und das Justizministerium (MJ) meldeten Fehlanzeige hinsichtlich möglicher Kooperationsfelder. Das MJ bewertete die Chancen einer Ausweitung der Zusammenarbeit mit der Region Moskau aufgrund der fortbestehenden EU-Sanktionen gegenüber Russland zurückhaltend. Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung positionierte sich mit grundsätzlichen politischen Bedenken ablehnend.

---

<sup>1</sup> Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 13.03.2022

**3. Weshalb wurde eine formalisierte Zusammenarbeit zwischen dem Land Niedersachsen und der Region Moskau nicht begründet?**

Eine formalisierte Zusammenarbeit zwischen dem Land Niedersachsen und der Region Moskau wurde nicht begründet, weil die Ressortabstimmung dafür kein Landesinteresse ergeben hat.

(Verteilt am 18.01.2023)